

Weil es utopisch ist, dass der Wohnraum-  
mangel kurzfristig behoben wird, darf und  
muss man visionär denken.

Foto: Markus Glombitza ©vege - stock.adobe.com

# Wohnen ist Menschenrecht

## Schwerpunktthema zur Landtagswahl

**Im Rahmen der Menschenrechtskampagne des PARITÄTISCHEN hat sich der Landesverband Hessen das Schwerpunktthema Wohnen als Menschenrecht gesetzt. Warum?**

Lars Lauer: Zunehmender Wohnraummangel ist in den hessischen Ballungsräumen schon seit vielen Jahren ein Thema. In den letzten Jahren hat es sich noch einmal dramatisch zuge-  
spitzt, weil wegen der günstigen Zinsen noch  
mehr Investoren auf den Markt drängen. Das  
führt zu einem Verteilungskampf, bei dem  
inzwischen auch die Mittelschicht das Nach-  
sehen hat. Und viele Klient\*innen unserer  
Mitgliedsorganisationen sind nahezu chan-  
cenlos: Menschen mit geringem Einkommen,  
Behinderung oder Suchterkrankung ebenso  
wie Obdachlose oder Geflüchtete. In sozialen  
Einrichtungen wie Frauenhäusern oder Un-  
terkünften für Wohnungslose oder psychisch  
Erkrankte führt die Wohnungsnot zu einer  
Art Rückstau: Menschen, die längst in einer ei-  
genen Wohnung leben könnten, finden keine  
und belegen so Plätze in den Einrichtungen, die  
andere dringend brauchen.

Das alles widerspricht aus unserer Sicht ganz  
klar dem Artikel 25 der UN-Menschenrechts-  
konvention. Er schreibt das Recht auf einen  
Wohnstandard fest, der „Gesundheit und  
Wohl gewährleistet“. Wenn Menschen dauer-  
haft in Notunterkünften leben müssen, wird  
dieses Menschenrecht gebrochen. Wohnen  
ist immer auch eine Frage der Teilhabe, der  
Lebenschancen und der Selbstbestimmung.  
Wenn immer mehr Menschen prekär „woh-  
nen“, gefährdet das nicht zuletzt auch den Zu-  
sammenhalt in der Gesellschaft.

### Wie ist die Situation in Hessen?

Jährlich müssten bis zu 40.000 Wohnungen  
hinzukommen, um den Bedarf zu decken. Die  
Bautätigkeiten reichen bei Weitem nicht aus,  
und wenn gebaut wird, dann meist im hoch-  
preisigen Sektor. Aber nicht nur in den Metro-  
polen ist die Situation problematisch, sondern  
auch in den ländlichen Gebieten. Hier fehlt die  
Infrastruktur, die Wege zu Ärzt\*innen und Ge-  
schäften sind weit, der öffentliche Nahverkehr  
ist schlecht ausgebaut und teuer. Das führt zu

Abwanderung und Leerstand, beispielsweise  
im Vogelsberg oder im Werra-Meißner-Kreis.  
Hier werden ganze Regionen abgehängt. Das  
lässt sich auch am alljährlichen Armutsbericht  
des PARITÄTISCHEN ablesen.

### In Hessen wird im Herbst ein neuer Landtag gewählt. Welche Forderungen stellt der PARI- TÄTISCHE Hessen an die künftige Landes- regierung?

Der soziale Wohnungsbau muss dringend ge-  
stärkt werden. Die Landesregierung hat in den  
vergangenen Jahren ihr Engagement in diesem  
Bereich zurückgefahren, obwohl das Gegenteil  
erforderlich wäre. Wo neue Baugebiete aus-  
gewiesen werden und ob dort auch preiswerte  
Wohnungen entstehen, liegt zwar weitgehend  
in der Hand der Kommunen, aber das Land  
kann Städte und Gemeinden mit Förderpro-  
grammen animieren, sozial gerecht zu handeln.  
Und wo das Land selbst Eigentümer ist, sollte  
der Boden nach sozialen Aspekten und nicht an  
den Höchstbietenden vergeben werden. Um  
Wohnungslosigkeit vorzubeugen, sollte das

Land flächendeckend Fachstellen finanzieren, die Menschen unterstützen, die Gefahr laufen, ihre Wohnung zu verlieren, etwa wegen Mietschulden oder drohender Kündigung. Eine alte Forderung, die wir seit Jahren leider immer noch wiederholen müssen, ist die nach einer Wohnungslosenstatistik für Hessen. Sie ist unabdingbare Grundlage, um das Ausmaß des Problems erst einmal transparent zu machen und dann zielgerichtet zu handeln.

Darüber hinaus gibt es eine Reihe von bundespolitischen Forderungen, für die sich die neue Landesregierung starkmachen sollte. So müssen die Kosten der Unterkunft, die für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger\*innen übernommen werden, an die reale Mietpreisentwicklung angepasst werden, derzeit sind sie viel zu niedrig angesetzt. Energiekosten müssen sozial ausgestaltet werden, damit sie nicht zu einer finanziellen Überlastung der Menschen führen. Und das gleiche gilt auch für die Kosten für den öffentlichen Nahverkehr. Bus und Bahn bleiben für arme Menschen unerschwinglich, während alle hessischen Landesbediensteten unabhängig von ihrem Einkommen inzwischen kostenlos fahren. Ein hessenweites Jahresticket für 365 Euro, wie es für Schüler\*innen schon eingeführt würde, für alle Einwohner\*innen anzubieten, würde den ländlichen Raum als Wohnort sicher attraktiver machen.

#### Wie reagieren die Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN Hessen auf den angespannten Wohnungsmarkt?

Viele soziale Träger treten mittlerweile selbst als Vermieter auf und stellen Wohnraum für ihre Klient\*innen zur Verfügung. Das ist sicher nicht der Königsweg, denn ausreichenden Wohnraum zu schaffen, ist ganz klar eine staatliche Aufgabe. Da ist und bleibt die öffentliche Hand in der Pflicht. Unsere Mitgliedsorganisationen engagieren sich also in einem Bereich, der eigentlich nicht in ihrer Verantwortung liegt. Das begrüßen und unterstützen wir als Dachverband außerordentlich. Einige Mitgliedsorganisationen schaffen selbst Wohnraum und setzen dabei Leuchtturmprojekte um.

#### Können Sie ein solches Modellprojekt kurz beschreiben?

Die Neue Wohnraumhilfe gGmbH plant derzeit in Darmstadt das Projekt PassivHausSozialPlus. Auf einer militärischen Konversionsfläche sollen 42 Wohneinheiten entstehen, die bezahlbar sind und gleichzeitig hohen ökologischen Standards genügen. Strom wird in den



Lars Lauer ist Referent für Suchthilfe und Soziale Notlagen beim PARITÄTISCHEN Hessen und koordiniert das Schwerpunktthema Wohnen als Menschenrecht.

Foto: Barbara Helfrich

Gebäuden selbst produziert und Brauchwasser und Regenwasser werden wieder verwendet. Zudem fallen fast keine Heizkosten an. So entsteht zukunftsorientierter Wohnraum für einkommensschwache Menschen. Die Quadratmetermiete wird bei 6,50 Euro monatlich liegen, die Nebenkosten reduzieren sich auch eine Pauschale von zwei Euro pro Quadratmeter monatlich. Für den Ballungsraum sind das unschlagbare Preise. Dieses Projekt zeigt, dass Bauen nach sozialen und ökologischen Standards kein Widerspruch ist, wie von einigen politischen Akteur\*innen hin und wieder behauptet wird.

#### Gibt es noch weitere Ideen, wie die Wohnungsnot bekämpft werden kann?

Gerade weil es utopisch ist, dass der Mangel kurzfristig behoben wird, darf und muss man visionär denken. Gefragt sind alternative und innovative Wohnformen, etwa Mehrgenerationen-Wohnen oder Wohngemeinschaften für Menschen mit und ohne Behinderung. Viele alte Menschen leben allein in viel zu großen Wohnungen und Häusern. Hier bietet sich auch das Konzept an, dass sie Wohnraum im Austausch für Unterstützung im Alltag zur Verfügung stellen. Dieses Konzept könnte auch die interkulturelle Öffnung voranbringen. Derzeit müssen viele geflüchtete Menschen in Sammelunterkünften bleiben, weil sie bei der Wohnungssuche stark diskriminiert werden. Für sie könnte gemeinsames Wohnen mit Senioren auch eine Alternative sein. Doch solche Ansätze für ein inklusives Gemeinwesen brauchen natürlich eine professionelle Begleitung und eine entsprechende Förderung.

Interview: Barbara Helfrich



## Save the dates

- Lesung am Montag, 4. Juni 2018:  
Domink Bloh liest aus seinem Buch „Unter Palmen aus Stahl: Die Geschichte eines Straßenjungen“  
Beginn um 19 Uhr  
im Café unserer Mitgliedsorganisation „Kinder im Zentrum-Gallus“, Idsteiner Str. 91, Frankfurt
- Verbandstag des PARITÄTISCHEN Hessen  
Dienstag, 11. September 2018  
Thema „Wohnen als Menschenrecht“  
Beginn um 10 Uhr im Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt



Karl-Christian Schelzke, Doreen Petri und Bernd Mesovic diskutierten.  
Foto: Barbara Helfrich

## „Der Ton ist rau geworden“

### Fachveranstaltung des PARITÄTISCHEN Hessen zur Integration Geflüchteter

„Wir müssen feststellen, dass die große Willkommens-Euphorie, die wir im Jahr 2015 erlebt haben, vorbei ist. Der Ton in der politischen und öffentlichen Debatte um Flüchtlinge ist rau geworden.“ Diese ernüchternde Bilanz zog Lea Rosenberg, Referentin Flucht und Asyl, bei einer Fachveranstaltung des PARITÄTISCHEN Hessen zum Thema „Perspektiven der Integration Geflüchteter“. Das „Wir schaffen das!“ sei einer Begrenzungs- und Abschreckungsrhetorik gewichen, die sich in zahlreichen politischen und gesetzlichen Restriktionen auf europäischer, bundesdeutscher sowie hessischer Ebene niederschlägt.

„Das erste Mal seit Bestehen der Bundesrepublik sitzt eine Partei im deutschen Bundestag, die in weiten Teilen offen rassistisches und fremdenfeindliches Gedanken-Ungut verbreitet“, sagte Rosenberg. Die Parteien des demokratischen Spektrums seien nun in der Pflicht, sich von der AfD nicht jagen zu lassen und nicht die falschen Schlüsse für ihre zukünftige Ausrichtung in der Flüchtlingspolitik zu ziehen.

Mit Blick auf die Situation in Hessen kritisierte sie, dass im zweiten „Hessischen Aktionsplan zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ zwar von einer Generationenaufgabe die Rede ist, doch eine institutionelle Regelfinanzierung, wie sie in anderen

Feldern sozialer Arbeit die Regel ist, noch weitgehend fehle. „Wie soll ein derartiges Mammutvorhaben durch kurzfristige Projektfinanzierung, zumal im Mikrobereich, geschafft werden?“

#### Es braucht ein Gesamtkonzept

„Aktionsplan klingt schon wie Aktionismus“, kritisierte auch Karl-Christian Schelzke, geschäftsführender Direktor des Hessischen Städte- und Gemeindebundes. Es fehle ein Gesamtkonzept, ein „Masterplan“ für die Integration, in der er die Chance für eine „Triple-Win-Situation“ sieht - geflüchtete Menschen, die angestammte Bevölkerung und der ländliche Raum könnten gleichermaßen profitieren, sagte er bei der anschließenden Podiumsdiskussion. Doch damit das gelinge, müsse der ländliche Raum ertüchtigt werden. Nahversorgung, Arbeit, Öffentlicher Personennahverkehr und ärztliche Versorgung nannte er als einige Faktoren. Das sei „schaffbar und leistbar“. Deutsche und Geflüchtete hätten sozial- und strukturpolitisch sehr ähnliche Bedarfe, betonte auch Bernd Mesovic, stellvertretender Geschäftsführer von PRO ASYL: „Wohnen, Erreichbarkeit und Arbeit - 80 Prozent haben alle gemeinsam.“

Doreen Petri von der PARITÄTISCHEN Mitgliedsorganisation „Neue Wohnraumhilfe“ berichtet über das sozial-

raumorientierte Konzept, das die Stadt Darmstadt bei Unterbringung und Integration geflüchteter Menschen verfolgt. So habe der Kontakt zur Bevölkerung schon dazu geführt, dass Männer aus den Unterkünften, die in Darmstadt Erstwohnhäuser heißen, in Studierenden-WGs umgezogen sind. „Integration ist immer etwas Wechselseitiges“, betonte sie.

In ihrem Vortrag über unbewusste Vorurteile erklärte die Diversity-Trainerin Jessica Gedamu, es sei unvermeidbar und menschlich, in Schubladen zu denken und Menschen in Kategorien einzusortieren. „Wir neigen dazu, Menschen zu vertrauen, die uns ähnlich sind“, so Gedamu: „Aber heterogene Systeme sind robuster.“ Gegenseitiges Kennenlernen vermindere das Gruppendenken. Damit vertraute Gruppen aufbrechen können, müssten Interaktionsräume geschaffen werden.

„Migration bietet Chancen“, sagte Conrad Skerutsch, Mitglied im Vorstand des PARITÄTISCHEN Hessen, und warnte davor, die Fehler zu wiederholen, die Ende des vorigen Jahrhunderts bei der Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem zerfallenden Jugoslawien gemacht worden seien: „Viele von ihnen sind noch immer in Helferjobs oder arbeitslos. Diesmal müssen wir mehr in die Arbeitsmarktqualifikation investieren“. Auch für Menschen, die erst im Alter von 25 bis 30 Jahren nach Deutschland kommen, sei es noch „lohnenswert, einen ordentlichen Abschluss zu machen.“

Bernd Mesovic kritisierte „integrationsfeindliche Konzepte“, wie die „Dauerkasernierung“ in Erstaufnahmeeinrichtungen und die Verhinderung des Familiennachzugs. Integration finde aber trotz aller Hürden statt. Kürzlich etwa habe er einige Jesidinnen getroffen, selbstbewusste junge Frauen, manche Juristinnen, deren Eltern und Großeltern schon vor vielen Jahren nach Deutschland geflüchtet sind: „Viele Vorbehalte erledigen sich mit den Lebensgeschichten der Leute.“

Barbara Helfrich



# Qualität hat Vorfahrt

## Wohlfahrtsverbände zum Kinderförderungsgesetz (KiföG)



„Leitungen in Kindertageseinrichtungen nehmen Managementaufgaben wahr, die ohne eine entsprechende Freistellung nicht zu erfüllen sind“, sagte Dorle Horcher, Bereichsleiterin Integrative Kindereinrichtungen bei der Lebenshilfe Frankfurt aus Anlass der Aktion „KiföG so geht’s – Qualität hat Vorfahrt“ in Frankfurt.

Marek Körner, Referent für Kinder- und Jugendhilfe beim PARITÄTISCHEN Hessen, erläutert die Forderungen der Liga der Freien Wohlfahrtspflege: „Der Gesetzesentwurf zum KiföG unterstützt nicht im ausreichenden Maße die Qualität der Betreuung und die Arbeitsbedingungen der Kita-Leitungen und Erzieherinnen und Erzieher, die auch von den Eltern massiv eingefordert wird. Es wird zwar viel

Geld in die Elterngebührenbefreiung gegeben, aber nur wenig Geld in den weiteren Qualitätsausbau der hessischen Kitas investiert.“

Selten hat ein Gesetz in Hessen für so viel Diskussion gesorgt wie das Hessische Kinderförderungsgesetz, vorgelegt 2013 von der damaligen Landesregierung. Im Zuge seiner Überarbeitung in diesem Jahr richtete die Liga der Freien Wohlfahrtspflege mit zahlreichen dezentralen Aktionen den Fokus vor allem auf die Qualität der Kita-Betreuung.

Der PARITÄTISCHE Hessen verlieh den Forderungen auf dem Frankfurter Römerberg Nachdruck und lud zudem zur Diskussion in die Offenbacher Krabbelstube Tagträume ein.

# Frauenrechte verteidigen, nicht instrumentalisieren

## PARITÄTISCHER Hessen besorgt über rechts-konservative Tendenzen

Bestehende Errungenschaften der Frauen- und Geschlechterpolitik geraten zunehmend unter Druck von rechts außen. Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband Hessen beobachtet mit großer Besorgnis, dass von dieser Seite die Versuche zunehmen, Frauen- und Menschenrechte infrage zu stellen und einzuschränken. Dazu gehören etwa Aktionen der rechts-konservativen „Demo für alle“, die sich gegen die Akzeptanz verschiedener sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten wendet und ein extrem rückwärtsgewandtes Menschen- und Familienbild vertritt.

Weitere Beispiele sind Mahnwachen von Abtreibungsgegner\*innen vor Schwangerschaftsberatungsstellen oder Bestrebungen rechtsextremer Bewegungen, Hetze gegen Geflüchtete unter dem Deckmantel des Gewaltschutzes zu verbreiten. „Diesen Tendenzen muss sich die demokra-

tische Zivilgesellschaft mit aller Kraft entgegenstemmen“, betont Dr. Yasmin Alinaghi, Landesgeschäftsführerin des PARITÄTISCHEN Hessen. „Es darf in diesem Bereich keine Rückschritte geben, auch in Hessen muss Frauen- und Geschlechterpolitik noch stärker als integraler Bestandteil der Regierungspolitik verankert werden“, ergänzt sie mit Blick auf die im Herbst anstehenden Landtagswahlen. Der PARITÄTISCHE Hessen fordert die künftige Regierung unter anderem auf, Gewalt in all ihren Facetten zu ächten und zu bekämpfen und dabei die Anforderungen der völkerrechtlich verbindlichen Istanbul-Konvention zu berücksichtigen, die – von der Öffentlichkeit fast unbemerkt – in Deutschland am 1. Februar 2018 in Kraft getreten ist.

Die Istanbul-Konvention verpflichtet die Vertragsstaaten, umfassende Maßnahmen zur Prävention, zu Interventionen, Schutz und rechtlichen Sanktionen

gegen geschlechtsspezifische Gewalt zu ergreifen. „Für Hessen bedeutet das unter anderem, den schon bestehenden Landesaktionsplan zur Bekämpfung der Gewalt im häuslichen Bereich weiterzuentwickeln und das Hilfesystem bei Gewalt verlässlich zu finanzieren“, sagt Maria-Theresia Schalk, Referentin Frauen und Mädchen beim PARITÄTISCHEN Hessen: „Dazu gehört auch, die medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung flächendeckend zu etablieren und finanziell auszustatten.“

2018 jährt sich die Erklärung der Allgemeinen Menschenrechte zum 70. Mal. „Frauenrechte sind Menschenrechte und dürfen daher nicht zur Disposition gestellt werden“, betont Dr. Yasmin Alinaghi: „Jeder Verknüpfung von Nationalismus, Rassismus und vorgeblichem Feminismus vonseiten ultra-konservativer und rechtsextremer Gruppen erteilen wir eine klare Absage.“